

Schul|Bank Wirtschaft für den Unterricht

ARBEITSMARKT
Einwanderungsland
Deutschland

2

DEUTSCHE WIRTSCHAFT
Reallöhne kaum
gestiegen

3

IM FOKUS
Die US-Wirtschaft
im Wahljahr

4

01
2012

SOZIALPOLITIK

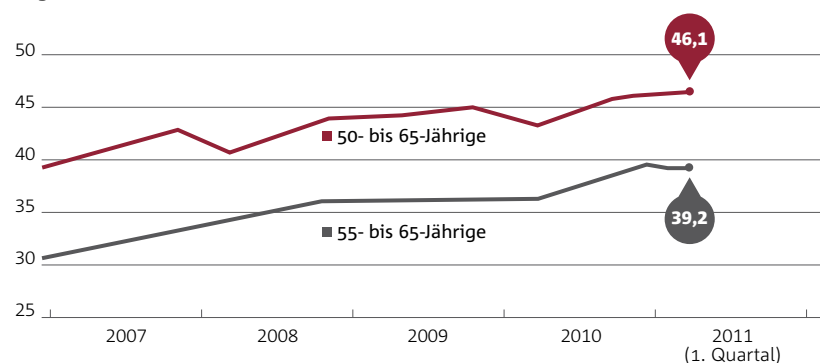
Diskussion um Rente mit 67

Die Rente mit 67 ist und bleibt ein politischer Zankapfel – auch nachdem sie jetzt zum 1. Januar 2012 schrittweise eingeführt wurde.

Pünktlich zu Beginn des sukzessiven Einstiegs in die Rente mit 67 ist diese von einigen Kritikern wieder infrage gestellt worden. Zur Erinnerung: Ab 2012 wird das Regelalter für die abschlagsfreie Rente von 65 Jahren nach und nach erhöht; zunächst in Schritten von einem, später von zwei Monaten. Der Geburtsjahrgang 1964 ist dann der erste, der mit 67 das Ruhestandsalter erreicht. Befürworter der Rente mit 67 weisen darauf, dass die Deutschen länger leben und damit auch länger Rente bekommen, zugleich aber die Zahl der Beitragszahler rapide abnehme. Um eine massive Erhöhung des Rentenbeitragsatzes für die arbeitende Bevölkerung zu vermeiden, sei ein höheres Renteneintrittsalter unumgänglich. Die Gegner nehmen vor allem an der niedrigen Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer Anstoß. Sollte sich diese nicht signifikant nach oben bewegen, so die Befürchtung, würde die Rente mit 67 auf eine Rentenkürzung für viele spätere Ruheständler hinauslaufen. Die Folgen der demografischen Entwicklung, so die Erwartung der Gegner, könnten auch durch Wachstum, eine hohe Produktivität und eine steigende Erwerbstätigkeit wettgemacht werden.

Beschäftigungsquoten Älterer*

Angaben in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Quartalswerte

Bessere Aussichten für ältere Arbeitnehmer

Gerade die jüngsten Zahlen zum Arbeitsmarkt zeigen allerdings, dass ältere Arbeitnehmer bessere Aussichten auf eine Beschäftigung haben als noch vor einigen Jahren. Laut Bundesagentur für Arbeit lag die Beschäftigungsquote der Altersgruppe von 50 bis 65 Jahren im ersten Quartal 2011 bei 46 Prozent. Für die Gruppe von 55 bis 65 Jahren waren es 39 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich daraus zusammen ein Anstieg um mehr als 2,5 Prozent – doppelt so stark wie über alle Altersgruppen hinweg. Die Bundes-

agentur wies jedoch zugleich darauf hin, dass es für ältere Arbeitslose noch immer deutlich schwieriger sei, eine Stelle zu finden, als für jüngere; auch wenn sich die Chancen insgesamt verbessert hätten. Auch muss berücksichtigt werden, dass sich hinter der Beschäftigungsquote von 46,1 Prozent für die 50- bis 65-Jährigen eine Reihe nicht-sozialversicherungspflichtiger Jobs verbirgt. Für den Erfolg der Rente mit 67 ist es daher notwendig, dass die Beschäftigungschancen und auch die bislang eher spärlich vorhandenen Fortbildungsmöglichkeiten Älterer in den Unternehmen verbessert werden. •

ARBEITSMARKT

Einwanderungsland Deutschland

Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa machen Deutschland zunehmend zu einer begehrten Adresse für auswanderungswillige Spanier und Griechen.

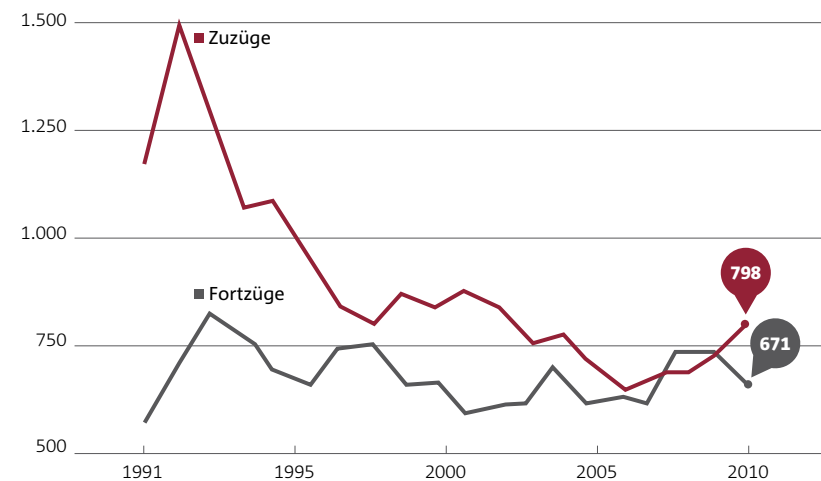
Ein Trend hat sich umgekehrt: Nach Jahren der sinkenden Zuwanderung verzeichnet Deutschland nun wieder größer werdende Zuwandererzahlen. Im ersten Halbjahr 2011 zogen 435.000 Personen in die Bundesrepublik – eine Steigerung

um 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Da gleichzeitig weniger Menschen ausgewandert sind, ist der Saldo von Zuwanderung minus Abwanderung um 122 Prozent auf 135.000 Personen gestiegen. Nach Angaben des Statistischen

Bundesamtes sind vor allem die Einwanderungszahlen aus jenen EU-Ländern in die Höhe geschossen, die besonders heftig von der Finanz- und Schuldenkrise getroffen wurden und deren Auswanderer nun in Deutschland eine Beschäftigung suchen. So habe sich die Zahl der Einwanderer aus Griechenland um 84 Prozent auf 4.100 erhöht. Auch immer mehr Spanier kommen nach Deutschland.

Zuwanderung steigt

Zuzüge nach und Fortzüge aus Deutschland in Tsd.



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Polen an der Spitze

Den stärksten Zustrom erlebte die Bundesrepublik in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres erneut aus Polen (ca. 115.000). Ungeachtet dieser Zahl ist der vielerorts erwartete Ansturm von Mittel- und Osteuropäern nach der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für acht EU-Staaten im Mai letzten Jahres aber ausgeblieben. Bis September kamen 41.400 Migranten aus diesen Ländern, meldete die Bundesagentur für Arbeit (BA) vor kurzem – nur knapp 14.000 mehr als im Vorjahreszeitraum. •

FAST 48 PROZENT der 674.000 Neurentner bezogen im vergangenen Jahr eine Frührente, weil sie nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter von 65 Jahren arbeiten wollten – so die aktuellen Zahlen der Deutschen Rentenversicherung. Im Jahr 2000 lag der Anteil noch bei 14,5 Prozent. Der Anstieg sei auf Gesetzesänderungen und demografische Effekte zurückzuführen. Für die Wahl einer Frührente gebe es letztlich aber unterschiedliche Motivationen, so das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Hervorzuheben ist, dass sich unter den Frührentnern überproportional viele Frauen befinden. •

LEKTÜRE-TIPP

Niall Ferguson: Der Westen und der Rest der Welt. Die Geschichte vom Wettstreit der Kulturen, Propyläen Verlag, Berlin 2011, 559 Seiten, 24,99 Euro.

Der britische Historiker Niall Ferguson geht in seinem neuen Buch „Der Westen und der Rest der Welt“ der Frage nach, wie es dazu kam, dass Europa mit Beginn des 16. Jahrhunderts seinen Einfluss auf die übrige Welt rasch vergrößern und sich für lange Zeit eine Vormachtstellung sichern konnte. Dabei identifiziert er sechs Felder, in denen der Westen wichtige Entwicklungen vorantrieben und bald einen großen Vorsprung gegenüber dem Rest der Welt erlangt hatte: den Wettbewerb als Grundlage aller

Entwicklungen, die Wissenschaft, das Eigentum, die Medizin, den Konsum und die Arbeit. Mit der Beschreibung dieser Felder vollzieht er die Entwicklung der Welt seit dem Jahr 1500 nach und endet schließlich mit einem eher pessimistischen Ausblick auf die Zukunft, für die er einen zunehmenden Bedeutungsverlust Europas vorher sagt. Nicht alles, was er schreibt, ist neu, einiges nicht sofort plausibel; insgesamt aber ein informatives und gut geschriebenes Buch zur (ökonomischen) Geschichte Europas. •

FINANZMÄRKTE IM BLICK

Alte Sorgen, guter Auftakt

Neues Jahr, alte Sorgen? In Europa geht der bange Blick erneut nach Griechenland: Wird das Land unter seiner Schuldenlast zusammenbrechen oder doch mit Ach und

» *Die mittelfristigen Aussichten für die deutschen Unternehmen werden als positiv eingeschätzt.* «

Krach aus dem Schlamassel herausfinden? Wie es aussieht, ist es um Europas Sorgenkind Nummer eins noch einmal schlimmer bestellt als ohnehin schon angenommen. Der bange Blick geht außerdem nach

Italien und Spanien: Schaffen es beide Staaten, neue Anleihen in dreistelliger Milliardenhöhe zu annehmbaren Konditionen an den Kapitalmärkten zu platzieren, um so alte Schulden bedienen zu können? Nicht wenige Beobachter sehen die Stunde der Wahrheit für die Währungsunion dann gekommen, wenn diese Frage zur Beantwortung ansteht. Derweil hat der Euro in den vergangenen Wochen kontinuierlich gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen an Wert verloren. Zuletzt hatte er im Februar 2010 über einen so langen Zeitraum nachgegeben.

Die Aktienmärkte sind dennoch zu Jahresbeginn mit einem Plus gestartet. Zum einen kommen aus den USA bessere Wirtschaftsdaten, als von vielen erwartet. Zum anderen werden auch die mittelfristigen Aussichten für die deutschen Unternehmen als positiv eingeschätzt – trotz Rezession in Südeuropa und gegenwärtiger Wachstumsdelle in Deutschland. Hinzu kommt, dass die Bewertung deutscher Unternehmen an den Börsen angesichts stabiler Dividendenerwartungen und eines günstigen Kurs-Gewinn-Verhältnisses aktuell als niedrig eingestuft wird. •

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

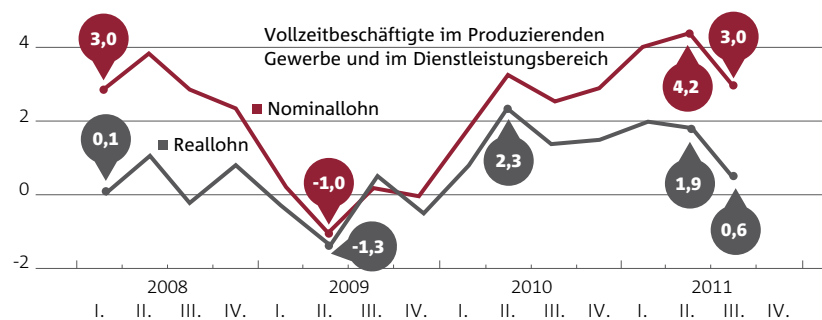
Reallöhne kaum gestiegen

Die Reallohnentwicklung gibt Auskunft darüber, ob und wie viel die Arbeitnehmer tatsächlich mehr verdient haben als im Vergleichszeitraum.

Wenn die Inflationsrate kontinuierlich steigt, bedarf es schon kräftiger Lohnerhöhungen, damit für die Arbeitnehmer am Ende auch tatsächlich mehr im Portemonnaie übrig bleibt. Im dritten Quartal sind die Reallöhne – also die Löhne abzüglich der Inflationsrate – in Deutschland aber trotz der guten Arbeitsmarktlage gerade mal um 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal gestiegen – eben wegen der höheren Verbraucherpreise. Da diese um 2,5 Prozent zulegten, führte eine Erhöhung der Löhne um effektiv 3 Prozent nur zu einer Reallohnsteigerung von 0,6 Prozent, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Während sich die Inflationsrate damit das achte Quartal in Folge erhöhte, stiegen die Nominallöhne im Vergleich zu den ersten beiden Quartalen 2011 deutlich schwächer an. Die Lohnentwicklung in den Branchen fiel alles in allem höchst unterschiedlich aus. Am stärksten gesunken sind die

Reallöhne steigen minimal

Veränderung jeweils im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Reallöhne der Lehrer und der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung.

Reallöhne in Krisenzeiten

Zuvor hatten die Reallöhne 2008 um 0,5 Prozent zugelegt, im Krisenjahr 2009 wiederum waren sie um 0,4 Prozent geschrumpft. 2010 holten sie dann auf und stiegen um 1,5 Prozent. Während der Wirtschaftskrise hatten sich die deutschen

Gewerkschaften und Arbeitnehmer in Lohnzurückhaltung geübt. Diese Zurückhaltung gilt zusammen mit der Kurzarbeiterregelung als wesentlicher Grund dafür, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern relativ glimpflich durch die Krise gekommen ist. •



Weitere Infos im Internet unter www.schulbank.de/newsletter/2012/01



Die US-Wirtschaft im Wahljahr

Im November 2012 möchte Barack Obama als US-Präsident wiedergewählt werden – und alle Beobachter sind sich einig, dass seine Erfolgsaussichten mit der Entwicklung der US-Wirtschaft stehen und fallen. Diese hat sich zum Ende des letzten Jahres besser entwickelt, als es zunächst den Anschein hatte. Noch lange aber dürfte sie unter den Folgen der Finanz- und Bankenkrise von 2008 zu leiden haben.

Das Jahresende brachte gute Nachrichten für Amtsinhaber Barack Obama: Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten ist auf den niedrigsten Stand seit fast drei Jahren gefallen. Damit wurden die Erwartungen der meisten Experten deutlich übertroffen. Alleine im Dezember haben die Unternehmen nach Angaben des Arbeitsministeriums netto 200.000 Jobs geschaffen, wodurch die Arbeitslosenrate auf 8,5 Prozent gefallen ist – den niedrigsten Wert seit Februar 2009. Im gesamten Jahr 2011 wurden 1,6 Millionen neue Jobs geschaffen. Die Arbeitslosenquote betrug durchschnittlich 8,9 Prozent, nach 9,6 Prozent im Jahr zuvor.

Anziehendes Wirtschaftswachstum

Und auch für das Jahr 2012 könnte dieser positive Trend anhalten, so die Prognose vieler Ökonomen; bis zu 2,1 Millionen neue Jobs werden von ihnen vorausgesagt. Grund für die optimistischen Erwartungen: Die US-Wirtschaft ist zuletzt immer besser in Schwung gekommen und könnte diesen auch in das neue Jahr mitnehmen. Hierfür gibt es einige Signale, so den an den Finanzmärkten viel beachteten Konjunkturindex der amerikanischen Einkaufsmanager, der im Dezember überraschend stark gestiegen ist – was auf eine steigende Nachfrage hindeutet.

Schon die Oktober-Daten verhiessen im dritten Quartal 2011 eine aufs Jahr hochgerechnete Wachstumsrate von 2,5 Prozent, mit der sich die Wirtschaft der USA deutlich von dem kaum wahrnehmbaren Wachstum im ersten Halbjahr gelöst hatte. Über das ganze Jahr 2011

gerechnet ergibt sich damit eine Wachstumsrate von etwa 1,6 Prozent – trotz der Turbulenzen an den Finanzmärkten, trotz des sinkenden Vertrauens nach dem Streit um die Anhebung der Schuldengrenze und trotz der europäischen Schulden-

» Die US-Wirtschaft ist zuletzt immer besser in Schwung gekommen und könnte diesen auch in das neue Jahr mitnehmen. «

krise. Die konjunkturelle Beschleunigung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass einzelne Belastungsfaktoren – wie zum Beispiel der vorübergehende Ausfall der japanischen Auto-Zulieferer – weggefallen sind. Auch haben sich die Energiepreise stabilisiert. Vor allem aber haben der private Konsum, der rund 70 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beiträgt, und die Unternehmensinvestitionen deutlich zugelegt.

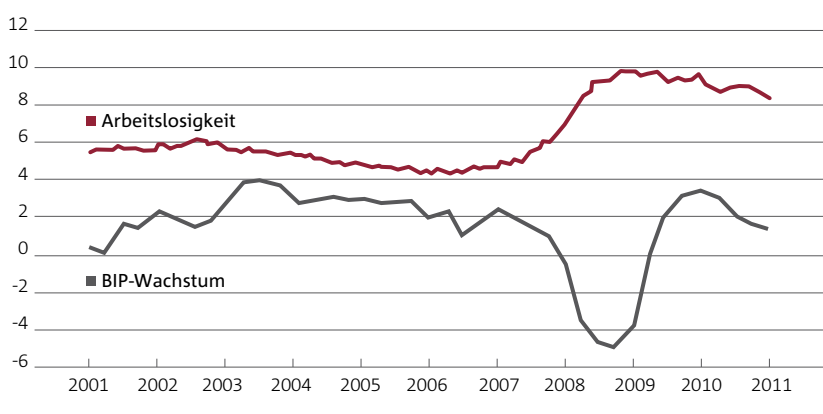
Für 2012 erwarten die Ökonomen mehrheitlich eine Wachstumsrate, die zwischen 1,4 und 2 Prozent liegt, vielleicht sogar ein wenig darüber. Das ist keine überragende Entwicklung, aber in der sich abschwächenden Weltwirtschaft doch ein beachtlicher Wert. Zum Vergleich: In vielen EU-Staaten dürfte die Wirtschaft in diesem Jahr gar nicht wachsen, zum Teil sogar schrumpfen.

Ein Berg von Problemen

Und dennoch sind die Vereinigten Staaten längst nicht über den Berg. Die gigantische Staatsverschuldung, die sich auf über 15 Billionen US-Dollar beläuft, ist eine gewaltige Hypothek, an der die amerikanische Volkswirtschaft und die amerikanischen Bürger noch lange zu knabbern haben werden. Der fiskalische Entzug, der den Amerikanern 2012 droht, ist größer als im Euroraum. Die Arbeitslosigkeit liegt noch immer auf einem für amerikanische Verhältnisse erschreckend hohen Niveau; »

Arbeitslosigkeit leicht rückläufig

Angaben in Prozent



Quelle: Deutsche Bank Research.

IM FOKUS

Foto: Thommy Weiss/pixelio.de



Fortsetzung „Die US-Wirtschaft im Wahljahr“

von den in der Finanzkrise verlorenen rund 8,75 Millionen Arbeitsplätzen ist erst ein kleiner Teil wieder neu geschaffen worden. Und auch die Aussichten für den privaten Konsum sind mehr als unsicher; 2011 legte er auch deshalb so deutlich zu, weil die Haushalte auf ihr Ersparnis zurückgriffen. Belastend für die Konsumenten, die Bauwirtschaft und die

rack Obama immer wieder vor, er habe zu wenig unternommen, um nach der Finanzkrise wieder mehr Amerikaner in Lohn und Brot zu bringen. Dabei steht Obamas Präsidentschaft nicht zuletzt für die umstrittene Verabschiedung milliardenschwerer Konjunkturpakete, mit deren Hilfe ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden sollte. Diese Nachfrage-

auf niedrigere Steuern zur Ankurbelung der Wirtschaft und auf eine Schrumpfkur für die Bundesregierung. Neben Ausgabenkürzungen soll die Streichung von Steuervorteilen die niedrigeren Einkommensteuersätze gegenfinanzieren.

Grundsätzliche Differenzen gibt es auch bei den Themen Regulierung, Umwelt und Sozialversicherungen. Einheitlich wettern die republikanischen Anwärter gegen die Regulierungen gerade in der Umweltpolitik, die Obama den Unternehmen auferlegt hat. Und in scharfer Abgrenzung gegen die Demokraten, die vor einer Privatisierung der Sozialversicherungen warnen, setzen sie in der Rentenvorsorge und in der Absicherung vor Gesundheitsrisiken auf mehr Eigenverantwortung der Bundesstaaten und der Amerikaner. Mit Spannung erwartet wird der Spruch des Supreme Court zur Gesundheitsreform. Das höchste Gericht wird wohl noch vor der Wahl entscheiden, ob Obamas Gesundheitsreform verfassungskonform ist. Alle republikanischen Kandidaten wollen die Reform zurückdrehen. Wer auch immer durch den Richterspruch recht behält – der Sieger wird dies als Rückenwind für seinen Wahlkampf zu nutzen versuchen. •

» *Als Obama im Januar 2009 sein Amt antrat, befand sich die US-Wirtschaft in einer tiefen Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit.* «

Gesamtwirtschaft wirkt aber vor allem die unverändert miserable Lage am Häusermarkt. Fast ein Drittel aller Hausbesitzer mit Hypothekenverträgen ist überschuldet. Bis diese Spätfolgen der unsoliden Eigenheimförderung verdaut sind, werden Jahre vergehen.

Die Bilanz vor den Wahlen

Was bedeutet dies nun für die anstehenden Präsidentschaftswahlen? Mit welcher wirtschaftspolitischen Bilanz und Programmatik wird Barack Obama in das Rennen gehen, was könnten ihm die Republikaner entgegenhalten? Obama selbst hat 2011 die Ansicht geäußert, dass es noch Jahre dauern werde, bis die amerikanische Wirtschaft wieder auf einer soliden Basis stehe und strukturelle Probleme, die sich über die vergangenen 20 Jahre aufgebaut hätten, wieder rückgängig gemacht werden könnten. Innerhalb einer Legislaturperiode sei die Erholung der Wirtschaft nicht zu schaffen. Immerhin: Als Obama im Januar 2009 sein Amt antrat, befand sich die US-Wirtschaft noch in einer tiefen Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit. Einen signifikanten Erfolg würde er erzielen, wenn die Arbeitslosenquote in diesem Jahr auf 8 Prozent gesenkt werden könnte – nicht unmöglich, aber ambitioniert.

Im anlaufenden Präsidentschaftswahlkampf werfen die Republikaner Ba-

politik habe einen noch höheren Anstieg verhindert, sagt das Obama-Lager. Die Konjunkturpakete hätten lediglich die ohnehin hohen Staatsschulden weiter nach oben getrieben, erwidern seine Gegner.

Markante Unterschiede

Republikaner und Demokraten liefern sich nicht nur rhetorische Scharmützel, sondern vertreten tatsächlich in einer Reihe von Fragen einander widersprechende Positionen, etwa in der Steuerpolitik. Während Obamas Strategie darauf zielt, die Steuern der Reichen zu erhöhen, um so mit Steuerentlastungen die Nachfrage im Mittelstand zu beflügeln und Geld für neue Ausgaben und die Unternehmensförderung zu erlangen, setzen die republikanischen Gegenkandidaten durchweg



Weitere Infos im Internet unter www.schulbank.de/newsletter/2012/01

Fragen und Diskussionsstoff

- › In welchem Zustand befindet sich die amerikanische Wirtschaft gegenwärtig? Schildern Sie diesen in eigenen Worten und spannen Sie dabei den Bogen von der Finanzkrise 2009 bis in die Gegenwart.
- › Im vergangenen Sommer drohte kurzzeitig die Zahlungsunfähigkeit der USA. Recherchieren Sie: Wie genau ist es um die Verschuldung der USA bestellt und was war der Hintergrund für die Beinahe-Zahlungsunfähigkeit im vergangenen Jahr?
- › Die USA haben nicht nur ein riesiges Haushaltsdefizit, sondern seit Jahren auch schon ein Leistungsbilanzdefizit. Was bedeutet dies und wie könnten beide Defizite miteinander zusammenhängen?

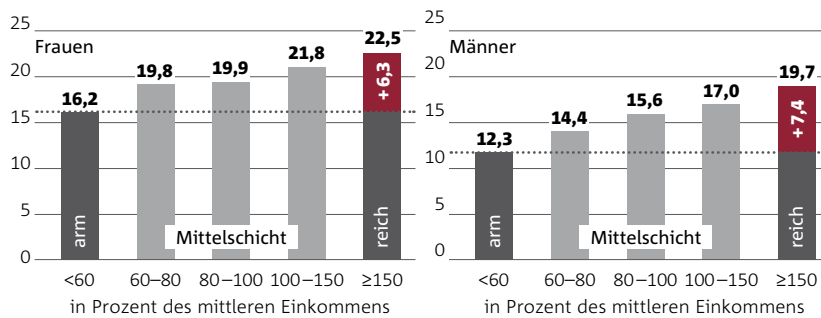
BEVÖLKERUNG

Reiche leben länger

Dass die Menschen in reichen Ländern älter werden als in armen, ist keine überraschende Nachricht. Auch in Deutschland aber lebt länger, wer mehr Geld verdient.

Frauen und Männer mit 65 Jahren

weitere Lebenserwartung in Jahren*



Quelle: Robert Koch-Institut; Anette Reil-Held. *Nach Periodensterbetafeln 1995 bis 2005 und SOEP.

Die Deutschen leben immer länger – das gilt für Arm und Reich. Allerdings gilt auch: Wer wenig verdient, stirbt früher. Mehr als zehn Jahre beträgt der Unterschied zwischen den reichsten und den ärmsten Frauen und Männern. Experten weisen jedoch darauf hin, dass Armut nicht unweigerlich zu einer kürzeren Lebensdauer

führe; verantwortlich hierfür seien eher die meist einkommensunabhängigen Lebensumstände. Forscher kennen mindestens fünf Gründe dafür, dass Arme kürzer leben.

1. Weniger Freundschaften. Wer glücklich ist, lebt länger – und wesentlich für das Glück sind soziale Beziehungen und Freundschaften. Doch obwohl diese nicht

teuer sind, haben Arme viel weniger soziale Kontakte, wie Daten des Robert Koch-Instituts zeigen.

2. Schlechteres Essen. Mehrere Versuche haben gezeigt, dass gesundes Essen nicht teuer sein muss. Aber es ist aufwendiger zu kochen und erfordert mehr Planung. Wer wenig weiß, und das sind oft die Niedrigverdiener, tut sich hiermit schwer.

3. Häufiger krank. Oft werden Menschen nicht krank, weil sie arm sind, sondern umgekehrt: Menschen werden arm, weil sie krank sind. Die Krankheit nimmt ihnen die Möglichkeit, gut zu verdienen.

4. Nikotin. Daten des Robert Koch-Instituts zeigen, dass Arme mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens um 35 Prozent häufiger rauchen als Reiche mit mehr als 150 Prozent des mittleren Einkommens.

5. Weniger Sport. Arme sind mehr als doppelt so oft körperlich inaktiv wie Reiche. •

Impressum

Herausgeber

Bundesverband deutscher Banken e.V.

Redaktion

Dr. Henrik Meyer (verantwortlich)
Annette Matthies (Assistenz)

Anschrift

Schul|Bank
Postfach 04 03 07
10062 Berlin
Telefon
(030) 1663-1293
Fax
(030) 1663-1273

Druck

Druckstudio GmbH,
Düsseldorf

Internet

www.schulbank.de
schulbank@bdb.de

SCHUL/BANKER auf der didacta!

SCHUL/BANKER, das Bankenplanspiel des Bankenverbandes, können Sie auch auf der **didacta 2012** in Hannover besuchen (**14.–18. Februar**). Informationen zu unserem Schülerwettbewerb erhalten Sie am **Messestand des Bundeswirtschaftsministeriums** (Halle 15, Standnummer E54). Dort präsentieren sich verschiedene Initiativen und Unternehmensplanspiele,

die im Arbeitskreis „Unternehmergeist in die Schulen“ vertreten sind. Es erwartet sie umfangreiches Informationsmaterial, Online-Spiele und Lernprogramme rund um unternehmerisches Denken und Handeln. Vertreter des Arbeitskreises „Unternehmergeist in die Schulen“ stehen für Gespräche zur Verfügung und stellen ihre Angebote für Schulen vor. •

Kostenfreie Wirtschaftsseminare 2.–4. April 2012

In Kooperation mit der Frankfurt School of Finance & Management führt der Bankenverband Hessen auch dieses Jahr Seminarreihen für hessische Lehrer der Sekundarstufen I und II zum Thema **Ökonomische Bildung im Fach „Politik und Wirtschaft“** durch. Die Themen „Wieso Wirtschaften, warum Banken und was ist Geld?“ (Sek. I) und „Banken und Kapitalmarkt“ (Sek. II) werden mittels Fachvorträgen und Diskussionen

von erfahrenen Bank-Praktikern dargestellt. Die Veranstaltungen sind für **Lehrkräfte des Faches „Politik und Wirtschaft“ in Hessen kostenfrei**; die Konzeption des Seminars erfolgte anhand des aktuellen Lehrplans. **Veranstaltungsort** ist das Collegium Glashütten in Glashütten-Oberems, **Anmeldeschluss** der 22. Februar 2012. Weitere Informationen sowie Anmeldeformulare: www.frankfurt-school.de/lehrerseminare. •